

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegli nazional



**18.4276 s Mo. Ständerat (Vonlanthen). Erleichterter Informationsaustausch
durch die Einführung von elektronischen Schnittstellen in der
Bundesverwaltung**

Bericht der Staatspolitischen Kommission vom 15. August 2019

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 15. August 2019 die von Ständerat Beat Vonlanthen am 13. Dezember 2018 eingereichte und vom Ständerat am 6. März 2019 angenommene Motion vorberaten.

Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, den direkten Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung und zu Unternehmen bzw. Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen bis spätestens 2022 zu ermöglichen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, die Motion anzunehmen, ohne dass ein anderer Antrag gestellt wurde.

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Kurt Fluri

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Februar 2019
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, den direkten Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bundesverwaltung und Unternehmen beziehungsweise Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen bis spätestens 2022 zu ermöglichen.

1.2 Begründung

Der Bund betreibt heute einen grossen Aufwand, um seine Leistungen den Unternehmen und den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht nur analog, sondern auch digital zugänglich zu machen. Dazu entwickelt er immer mehr amts- oder departementsspezifische Portale (Websites). Betreiberinnen und Betreiber wie auch Nutzerinnen und Nutzer müssen bald unzählige Portale bewirtschaften, was einen grossen Aufwand erfordert.

Diese amts- oder departementsspezifischen Portale sind sowohl im Aufbau als auch im Betrieb teuer, tragen aber oft wenig zur weiteren Automatisierung der Prozesse bei. Gerade die Vernetzung innerhalb der Bundesverwaltung kommt beim Fokus auf Portale zu kurz, weshalb auf strategischer Ebene der Fokus inskünftig vor allem auf die Einrichtung elektronischer Schnittstellen (sogenannte API: Application Programming Interfaces oder Programmierschnittstellen) gelegt werden soll. Elektronische Schnittstellen ermöglichen es Behörden wie auch Unternehmen und Privatpersonen, direkt, also automatisiert, beispielsweise über unternehmensinterne ERP-Systeme (Enterprise Resource Planning Systems oder Geschäftsressourcenplanungssysteme), mit den Behörden Daten auszutauschen. Damit lassen sich dynamische Ökosysteme schaffen und die Vorzüge der Digitalisierung effizient nutzen. Dieser Weg ist einfacher, sicherer und viel kostengünstiger als der Umweg über amts- oder departementsspezifische Portale. Die breite Einrichtung solcher Schnittstellen würde auch die Bestrebungen für eine einzige behördenübergreifende Plattform, wie zum Beispiel Easygov.swiss, unterstützen. Der Datenschutz ist zu jedem Zeitpunkt vollumfänglich gewährleistet.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Februar 2019

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Der Ständerat hat die Motion am 6. März 2019 oppositionslos angenommen.

4 Erwägungen der Kommission

Wie der Ständerat, ist auch die SPK des Nationalrates der Meinung, dass der direkte Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung und zu Unternehmen bzw. Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Schaffung von elektronischen Schnittstellen vorangetrieben werden soll. Die Kommission beantragt die Annahme der Motion, um die Arbeiten, die bereits seit 2008 in Gange und noch nicht auf dem zu erwartenden Stand sind, zu beschleunigen. Ein besonderes Augenmerk soll



auf die Abstimmung mit internationalen Standards, auf eine Angleichung der verschiedenen Systeme der Kantone, sowie auf eine transparente Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – insbesondere bei der Weitergabe von Daten – gelegt werden. Die Kommission erachtet es zudem als sinnvoll, dass in einem Katalog, die verschiedenen Schnittstellen aufgeführt werden. Die Kommission weist im Übrigen darauf hin, dass der Nationalrat am 22. März 2019 einer gleichlautenden Mo. [18.4238](#) Grüter «Einführung von elektronischen Schnittstellen in der Bundesverwaltung. Dadurch den Informationsaustausch erleichtern» oppositionslos angenommen hat.